

Der Kanton Zürich hat eine schweizerische Chance verpasst

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **23 (1967)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845953>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Kanton Zürich hat eine schweizerische Chance verpaßt

Das Ergebnis der Zürcher Abstimmung wirkt sich hemmend auf jene Kantone aus, die Vorlagen über die Einführung des Frauenstimmrechts pendent haben. Das ist sehr bedauerlich, weil nur 7202 Ja-Stimmen zur Annahme fehlten. Warum reichte es diesmal noch nicht zum Durchbruch? In einer Demokratie mahlen die Mühlen sehr langsam... Und es bedarf eines grossen Einsatzes, um neues Ideengut bei der breiten Masse anzubringen. In dieser notwendigen Aufklärungsaktion hat vor allem das Schweizer Fernsehen versagt. Eine einzige Sendung fand vor der Zürcher Abstimmung zu später Abendstunde statt; sie war nicht als Frauenstimmrechtssendung deklariert worden, und der Fernsehzuschauer erfuhr erst bei Beginn der Diskussion, dass jugendliche Menschen Fragen zum Frauenstimmrecht stellen durften, die von einem Befürworter und einem Gegner beantwortet wurden.

Alle Landbezirke verwarfen die Vorlage. Die BGB-Partei hatte als einzige politische Partei die Nein-Parole herausgegeben. Auf dem Lande können sich *Vorurteile* bekanntlich viel länger halten. Zudem mag die unbegründete Furcht vor der *Konsumentin als Stimmbürgerin* mitgespielt haben. Bauern finden nicht immer Zeit zum Zeitungslesen. Der Fernsehapparat hat jedoch schon in vielen bäuerlichen Stuben Eingang gefunden.

Warum haben gewisse *Teile der Arbeiterschaft* versagt? Dazu schrieb der Pressedienst des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes:

„Die verwerfenden Mehrheiten in den Zürcher Stadtkreisen 4 und 5 sowie in der Stadt Winterthur sprechen hier eine deutliche Sprache. In verschiedenen Pressekommentaren hat man für diese Nein-Stimmen aus durchsichtigen Motiven vor allem die politisch aktive Arbeiterschaft verantwortlich gemacht. In Wirklichkeit dürften es eher jene politisch — und wie wir beifügen wollen — gewerkschaftlich gleichgültigen und inaktiven Teile der Arbeiterschaft gewesen sein, die hier in Erscheinung traten. Die ungewöhnlich grosse Stimmbeteiligung (73 Prozent) weist darauf hin, dass sich Stimmberechtigte zur Urne bemühten, die bei andern Abstimmungen zu Hause bleiben... Die Furcht, das männliche Vorrecht der Stimmberechtigung zu verlieren, trieb diese *politischen Analphabeten* aus ihren Schlupfwinkeln. Es galt für sie, ein Alleinrecht zur politischen Mitbestimmung zu retten, für dessen Betätigung sie in der Regel keinen Finger rühren.“ Der *Wahrheit zuliebe* muss hier etwas ganz deutlich festgehalten werden: Die *organisierten Gegner* kamen *nicht von links*, auch nicht die finanziellen Mittel, die für eine demagogische Propaganda eingesetzt wurden. Sie kamen mehrheitlich von *rechts — bis sehr rechts*, und unter den Damen, die sich im „Bund der Gegnerinnen gegen das Frauenstimmrecht“ zusammengeschlossen haben, dürften die wenigsten je einmal Hunger aus Mangel an Geld gelitten haben.